

## Jahresbericht 2019

Im Berichtsjahr hat die VgF diverse Anstrengungen unternommen, um negative Auswirkungen des Flugverkehrs auf die Bevölkerung zu bekämpfen sowie Lärm- und Klimaemissionen zu vermindern. Die VgF konnte den Südanflug auf den Flughafen Bern durch das Beschwerdeverfahren deutlich verzögern. Im Berichtsjahr beschäftigte sich die VgF intensiv mit der geplanten Finanzierung des Flughafens Bern durch öffentliche Gelder, welche der Kanton Bern in einem neuen Gesetz vorsieht. Zu diesem Thema wurde eine interessante Podiumsdiskussion organisiert. Gemeinsam mit weiteren Umweltverbänden engagierte sich die VgF im Vernehmlassungsverfahren. Unterstützt von Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern können wir gemeinsam auf ein erfolgreiches Jahr im Kampf gegen Fluglärm und Emissionen aus dem Flugverkehr zurückblicken.

### **Südanflug, Weiterzug ans Bundesverwaltungsgericht**

Als eine von wenigen Parteien im Streit um den Südanflug auf den Flughafen Bern, gegen welchen in erster Instanz über 300 Einsprachen eingegangen sind, hat die VgF das Verfahren mit einer Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht weitergezogen. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Beschwerde im Oktober 2019 abgewiesen. Die VgF hat sich nach vertiefter rechtlicher Analyse dazu entschieden, das Urteil nicht ans Bundesgericht weiterzuziehen. Trotz abgewiesener Beschwerde konnte erreicht werden, dass das BAZL in einem separaten Verfahren Einschränkungen des Flugbetriebs zum Schutz des Ruhebedürfnisses der Bevölkerung am frühen Morgen prüfen muss. Die VgF wird sich auch in diesem Verfahren wieder einbringen. Mit der Beschwerde konnte die VgF gemeinsam mit verschiedenen Vereinigungen, betroffenen Gemeinden sowie Privaten eine deutliche Verzögerung des Südanflugs erreichen.

### **Öffentliche Gelder für den Flughafen Bern**

Der Kanton Bern beabsichtigt sich finanziell am Flughafen Bern zu beteiligen. Der Regierungsrat hat zum Gesetz über die Beteiligung des Kantons Bern an der Flughafen Bern AG ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Die VgF sprach sich dezidiert gegen eine gesetzlich verankerte Finanzierung des Flughafens aus und organisierte eine öffentliche Veranstaltung zum Vernehmlassungsverfahren im Anschluss an die Mitgliederversammlung am 3. Juli. An der Podiumsdiskussion beteiligten sich Adrian Haas, Präsident der FDP-Fraktion des Grossen Rates, Natalie Imboden, Co-Präsidentin der Grünen Kanton Bern sowie ein Vertreter der Klimajugend. Befürworter und Gegner präsentierten ihre unterschiedlichen Standpunkte und lieferten sich einen interessanten und informativen Schlagabtausch.

Zusammen mit weiteren Umweltverbänden lancierte die VgF eine Musterantwort zur Vernehmlassung, welche von zahlreichen Mitgliedern und Interessierten genutzt wurde. Die VgF selbst hat eine ausführliche Vernehmlassungsantwort verfasst und sich damit deutlich gegen den Einsatz von öffentlichen Geldern ausgesprochen. Die Medien haben aufgrund einer Medienmitteilung der VgF darüber orientiert. Die Behandlung der Gesetzesvorlage wurde bis dato vom Grossen Rat des Kantons Bern nicht vorgenommen.

### **Kommunikation**

Die VgF hat sich im Berichtsjahr für verschiedene Anliegen eingesetzt und dazu seine Mitglieder und weitere Interessenten informiert. Ein wichtiges Anliegen war die Flugticketabgabe welche im National- und Ständerat in der Herbstsession besprochen wurde. Zudem äusserte sich die VgF kritisch zur Gründung einer neuen Fluglinie in Bern und hat wiederholt aufgezeigt, dass kaum genügend Nachfrage für Linienflüge ab Bern besteht und ein solches Angebot aus Gründen des Klima- und Lärmschutzes nicht sinnvoll ist.

Die VgF vertritt ihre Position, den Flughafen Bern auf eine verträgliche Grösse zu redimensionieren, auf eine weitere Ausbautetappe und den Zuschuss öffentlicher Gelder zu verzichten. Wie diverse finanziell gestrauchelte Airlines, die in der Vergangenheit von Bern aus operiert haben, zeigten, fehlt die entsprechende Nachfrage für einen öffentlichen Flugverkehr ab Bern. Der vielgelobte Mehrwert kann nur ungenügend erwirtschaftet werden.